

1906 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des  
Bundesrates

B e r i c h t  
des Wirtschaftsausschusses

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 8. November 1978 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Postgesetz geändert wird

Die seit 1967 unveränderten Postgebühren wurden zuletzt am 1. Jänner 1976 erhöht. Mit Rücksicht auf den relativ langen Zeitraum konnten die einzelnen Gebührenansätze bei weitem nicht in dem Ausmaß nachgezogen werden, wie es der bis dahin eingetretenen Kostenentwicklung entsprochen hätte.

Der vorliegende Gesetzesbeschluß des Nationalrates sieht eine Erhöhung verschiedener Postgebühren mit 1. Jänner 1979 vor. Durch die Erhöhung der einzelnen Gebührenansätze werden Mehreinnahmen von zirka 800 Mill. S, das entspricht einer rund 14,5 %igen Einnahmensteigerung, erwartet.

Durch die im Gesetzesbeschluß des Nationalrates gleichzeitig vorgesehenen flankierenden Maßnahmen wurde auf die Erhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der in Betracht kommenden Kundengruppen Rücksicht genommen. Die strukturellen Änderungen bieten Ausgleichsmöglichkeiten durch den Übergang zu anderen gebührenmäßig günstigeren Sendungsarten. Die Zulassung von EDV-Abdrucken bei Drucksachen ermöglicht z.B. das Ausweichen vom Geschäftsbrief zur Drucksache oder sogar Massendrucksache.

Sehr viele Gebührenansätze blieben unverändert, darunter vor allem auch die Gebühr für die Postkarte, die insbesondere von den privaten Postkunden gern benützt wird.

Der Wirtschaftsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 13. November 1978 in Verhandlung genommen.

Der Antrag des Berichterstatters, keinen Einspruch zu erheben, wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt.

Da ein Beschluß des Ausschusses im Gegenstand nicht zustande kam, sieht sich der Wirtschaftsausschuß im Sinne des § 24 Abs. I der Geschäftsordnung veranlaßt, über seine Verhandlung diesen Bericht zu erstatten.

Wien, 1978 11 13

B e r g e r  
Berichterstatter

Leopoldine P o h l  
Obmannstellvertreter